

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1858

Verlagsort: Dresden. Druckerei: Gommersdorf 28241. Preis für Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Jahrgang über fünf bis sechs bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21.- M., vierteljährlich 61.- M., halbjährlich 111.- M., jährlich 211.- M. Die einmalige Anzeigen-Gebühr beträgt 10.- M. für 10 Zeilen. Die einmalige Anzeigen-Gebühr beträgt 10.- M. für 10 Zeilen. Die einmalige Anzeigen-Gebühr beträgt 10.- M. für 10 Zeilen.

Verkauf und Abgabe: Dresden, Postfach 1088. Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Annahme verzinslicher Darlehen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsgstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlwänden unter Versicherung des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Unterbrechung der Genue-Konferenz?

Vermutlich Pause bis zum Herbst.

Paris, 28. April. Nach „New York Herald“ und „Journal“ steht eine Unterbrechung der Genue-Konferenz im Zusammenhang mit einer Tagung des Obersten Rates an einem Küstenort der Riviera in der Nähe von Genua bevor. Dies würde ein Einigungs-Konferenz-Punkt Georges an Voincaré bedeuten, der gegen Genua als Tagungsort des Obersten Rates große Bedenken hat. In Genua würden die wirtschaftlichen Kommissionen verbleiben und weiter arbeiten.

Im Gegensatz zum „New York Herald“, der mit einer Unterbrechung der Konferenz nur für die Dauer des Obersten Rates rechnet, glaubt das „Journal“, daß die Konferenz zu Ende sein könnte, vielleicht sogar bis zum Herbst dauern werde, um dort die heute noch unlöslichen Streitfragen, wie die russische und die europäische Währungsfrage, zu Ende zu führen. Nur kurz vor der Tagung dieser Angelegenheit soll Barthou im Einverständnis mit Lloyd George sofort nach Paris reisen, um Voincaré genaueren Bericht über die Lage in Genua zu erstatten.

„New York Herald“ bringt diesen Plan mit einem englischen Kreditprojekt für Deutschland und Rußland in Verbindung. Die englischen Banken sollen Rußland eine Anleihe von 100 Millionen Pfund und Deutschland von 50 Millionen Pfund verschaffen. Die russische Delegation würde da nicht mit letzten Ödnissen nach Moskau zurückgehen und auf ihre Forderung der Anerkennung einwirken verzichten können. Deutschland würde durch diese Anleihe die gegenwärtige Reparationskrise überwinden, so daß die Frage unmittelbar bevorstehender Zollunion zwischen Frankreich und Deutschland an Schwärze verlieren würde.

Voincaré geht nicht nach Genua.

Paris, 28. April. Voincaré erklärte nach Schluß der zweiten Sitzung des Ministerrates, die nachmittags 6 Uhr stattfand, daß er nicht dorthin, nach Genua zu gehen. Was die Wiederherstellung der Währungsfrage angeht, werde er, Voincaré, sich in Ministeriel Diskussions über sie vor dem 11. Mai einstellen.

Über die zweite Sitzung wird folgende Note veröffentlicht: Der Ministerrat versammelte sich am 28. April um 6 Uhr und hatte die Prüfung der von Genua über die Verhandlungen mit dem Comité eingereichten Vorschläge vor. Hierzu bemerkt der halbamtliche „Zeitungsverleiher“: Zwei Fragen von ganz außerordentlicher Bedeutung standen auf der Tagesordnung der beiden getrennten Sitzungen des Ministerrates:

- 1. der Fortschritt betreffend die Einberufung des Obersten Rates nach Genua;
- 2. die Abfassung eines Ultimatum als Antwort auf das Memorandum der Sowjetdelegationen.

Kein Ultimatum an Rußland.

Genève, 28. April. Lloyd George erklärte dem Führer der Schweizer Delegation Worte bezüglich der russischen Frage, daß er trotz aller Schwierigkeiten ein gutes Zeichen darin sah, daß die Russen in einigen Fragen, wenn auch sehr schwer, doch nachgeben wollen. Das beweise, daß sie den besten Willen hätten, ihre Forderungen zu halten, und daß sie ihre Forderungen ernst nähmen. Die Russen würden eine Rolle der Alliierten, die in Vorbereitung sei und die die Forderungen und die Auffassung der Alliierten präzisieren, am Montag in der Vollversammlung erhalten.

Der Inhalt der Antwort der Alliierten.

(Zusammenfassung der Verlautbarung der Alliierten.) Genua, 28. April. Heute tagte die erste Unterkommision der politischen Kommission. Die Russen sind nicht anwesend. Von England und Italien liegt der Plan einer Antwort an die Russen vor. Die Antwort ist nicht befristet. Sie verlangt grundsätzliche Anerkennung der Vorkriegsschulden, gegenseitige Aufrechnung der Kriegsschulden und Ersatz für die Sozialisierungsarbeiten. Belgien und Frankreich sind an der Ausarbeitung dieses Planes nicht beteiligt und wahrscheinlich dagegen.

Gegen den Währungsplan sind von Frankreich sowohl wie von den kleinen Entente Vorbehalte gemacht worden. Frankreich will vorher eine militärische Konvention mit England, das Recht der Sanktionen und Anerkennung der durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen. Die kleine Entente verlangt Freizügigkeit des Abkommens einer Militärkonvention mit der Großen Entente, das Recht, ultimative Forderungen zu stellen, und definitive Ablehnung der Dawidsberger. Gegen letztere Forderung ist natürlich Ungelegen.

Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß heute im Laufe des Tages ein neuer Ministerrat stattfinden, da der Ministerpräsident die Möglichkeit hat, seine Kollegen auch über die Genue-Konferenz auf dem laufenden zu halten.

Optimismus in England.

Berlin, 28. April. Von amerikanischer englischer Seite wurde dem Korrespondenten des „N. Y.“ in Genua mitgeteilt: Sie können sicher sein, daß Lloyd George nicht von einer Unterbrechung der Konferenz etwas zu erwarten hat. Mit Bestimmtheit die Situation optimistisch und sind überzeugt, daß die Konferenz nicht ergebnislos sein werde.

Der „Temps“ auf der Suche nach deutschen Verfehlungen.

Paris, 28. April. Der „Temps“ beschäftigt sich in einem letzten Artikel noch einmal mit den „Verfehlungen“ Deutschlands nach der Unterzeichnung der Reparationskommission vom 2. März. Das Blatt glaubt sich zu freuen, daß Reichstag und Reichsregierung sich zu den Forderungen der Reparationskommission und 20 Milliarden neue Steuern anzunehmen, wenn auch diesbezügliche bestimmte Zusicherungen der Regierung bis jetzt noch nicht vorliegen. Die deutsche Regierung habe sich aber bereits einer „Verfehlung“ schuldig gemacht, nämlich der, nach der Unterzeichnung der Reparationskommission innerhalb vier Wochen, also bis zum 22. April, die Forderungen der Kommission zu unterziehen. Die Reichsregierung habe in diesem wichtigen Termin ein Versagen begangen, das die Kommission nicht vorzuziehen.

Zu dieser Auslassung ist zu sagen, daß die Reichsregierung in einem Schreiben der Reparationskommission bereits mitgeteilt hat, daß sie den Forderungen der Kommission darüber nachzudenken müsse, ob bei dem Budget eine noch strengere Abkürzung erreicht werden könne. Sobald die Entscheidung des Reichstages vorliegt, würde sie dies der Reparationskommission unverzüglich mitteilen. Bei der sofortigen Ablehnung der neuen Steuern und der Abkürzung der Forderungen würde dies ein Verstoß gegen die Unterzeichnung der Reparationskommission sein.

Gerard über Genua und die Reparationen.

Genève, 28. April. Nach Rückkehr der Schweizer Exilminister Gerards erklärte er in der Sitzung des Ministerrates in Bern, daß er die Forderung der Reparationskommission in Bern, Genève, in diesen Tagen zur Konferenz nach Genua begeben. Gerards hat bereits für sich und seine Familie Plätze auf der „Montreux“ besetzt. Ergänzend hierzu werden „Tagesblätter“ aus Genève, daß Gerards, der am 28. April nach Genève abgereist ist, erklärt habe, er werde die Konferenz von Genua besuchen, jedoch nicht in offizieller Eigenschaft. Nach Ansicht Gerards wird der schiedsrichterliche Entscheidungskampf über die Reparationsfrage der Genue-Konferenz sein. Gerards erklärte weiter, er werde während seiner Reise in Bern in Verhandlung. Auch äußerte er, daß nach seiner Ansicht Deutschland die Reparationen, die die Alliierten verlangen, nicht bezahlen konnte.

Lloyd George besucht Bayern.

München, 28. April. Lloyd George soll beabsichtigen, auf seiner Reise von Genua nach München und Oberammergau zu kommen. Der zweite Mal sei für ihn und seine Familie in Ammergau Quartier bestellt worden. (wt.)

Lichticherin erklärte einem Vertreter des „Temps“: „Ich bin mit Genua zufrieden, nachdem ich bereits in Paris davon berichtet habe. Wir haben uns in Berlin und Paris über die Reparationsfrage abgeklärt. Wir haben uns über die Reparationsfrage abgeklärt. Wir haben uns über die Reparationsfrage abgeklärt. Wir haben uns über die Reparationsfrage abgeklärt.“

Rußland schützt seine Souveränitätsrechte.

Genève, 28. April. Der Volkskommissar des Auswärtigen Lichticherin hat der Dawids-Agentur eine Erklärung abgegeben, der zufolge Rußland nicht den geringsten Anlaß hat, die Verhandlungen abzubrechen. Aber es beabsichtige, den Grundgedanken der Souveränitätsrechte und der Gewaltenteilung als allein mögliche Grundlage für die Einberufung der Räter und den wirtschaftlichen Wiederaufbau gemäß den Grundgedanken der Beschlüsse von Cannes zu verfolgen. (N. Y. A.)

Die deutsch-russische Zusammenarbeit.

Petersburg, 28. April. Hier wurde ein Vorbericht mit einer großen deutschen Bauleitung abgeschlossen, demzufolge diese einen bedeutenden Anteil an den Wiederherstellungsarbeiten in Petersburg auf sich nimmt. Die deutsche Firma übernimmt es, sämtliche nicht fertig gebauten Häuser zu vollenden und die elektrische Straßenbahn, Wasserleitung, die Kanalisation und andere städtischen Einrichtungen auszubauen. Mit Beginn der Schiffahrt werden in Petersburg aus Deutschland große Mengen Baumaterialien einströmen. Deutsche Ingenieure und Techniker werden erwartet. Als Gegenleistung will sich die deutsche Firma die Ausbeutung der Petersburger Tonlager und einiger Waldgebiete und die Errichtung einer Zigarettenfabrik sichern.

„Geht es Deutschland gut?“

Ein Engländer über die Schicksale der deutschen Industrie.

„Es ist beklagenswert, daß Deutschland zahlen kann und zahlen muß.“ — So erklärte ein, genau wie seine Vorgänger, Voincaré in der französischen Kammer. Und an dieser „Bekundung“ klammert sich Frankreich, es läßt sich nicht auf, wenn es irgendwo in Zweifel gezogen wird. Leider können aber die Franzosen auch keine Diskussion über die Frage abweisen, daß Deutschland zahlen kann. Um so mehr verdient daher Beachtung, daß man sich in England mit wachsendem Interesse und hartem Sinn für die Wirtschaft in diesem und in der Tagespresse mit der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit befaßt.

So hat in jüngster Zeit namentlich ein Blicklein „The Economist“ (Lond.) über die deutsche Wirtschaft geschrieben, daß einen Engländer konservativer Richtung, Sir Henry Ponsonby, zum Verfasser hat, eine ziemlich ergiebige Besprechung in den englischen Blättern gefunden. Sir Henry Ponsonby gibt darin seine im Januar d. J. auf einer Reise durch Deutschland gewonnenen Eindrücke wieder. Er hat erkannt, daß das deutsche Wirtschaftswesen sich in einem sehr unglückseligen Zustand befindet, „daß der gegenwärtige Produktionsgrad nicht als ein Maßstab wirtschaftlichen nationalen Reichtums und echter Wohlstand betrachtet werden kann“, daß der größte Teil der Gesamtproduktion der deutschen Industrie jedoch in weit höherem Maße als die deutschen Wirtschaftswissenschaftler mit der Welt am Ende dieses Jahres 1921 fertig geworden ist. Er sieht, daß die deutschen Unternehmen zusammenkommen zu rechnen, wo in der Welt kein Unternehmen gemacht wird. Auch sieht er sich nicht, seinen Vordruck in einer jeden Hinsicht auszufüllen, welche vor Augen zu führen, daß die dem deutschen Volke auferlegte Steuerlast zu groß ist.

Er zerlegt die Ursachen, die gewöhnlich als unüberwindliche Ausgaben deutschen Wohlstandes hinstellt werden, auf ihre wahre Bedeutung hin und kommt zu dem Schluß, daß Deutschland einem Rekonvaleszenten aus sehr erfrischender Gesundheit gleich, der wieder etwas Farbe und Appetit seine, aber einem Rückschlag ausgesetzt sei, wenn nicht ausgespart werde. Der Patient müsse natürlich die Reparationsleistungen und die Devisenrückzahlung zahlen, was nach Verhandlung in Reparationsleistungen geschehen solle. Der Betrag dessen aber, was bezahlt werden könne, wie die Währungsfragen der Währungsleistungen, hängt von der Wiederherstellung seiner Gesundheit und dem Zeitpunkt seiner Rückkehr zu voller Arbeit ab.

Der Mann, der solche Erkenntnisse in Deutschland gewonnen hat, kam zu uns mit der Ansicht, daß es dem deutschen Volke viel besser gehe als dem englischen, daß es daher einen recht großen Heberfuß haben müsse, und dem die Wiederherstellung der Wirtschaft in Deutschland viel mehr ein Ziel als eine Wirtschaftlichkeit sei. Die lange noch wird man in Frankreich ein solches Urteil wie diesem wohl überlegen.

Ein Treuegelöbnis der rheinischen Parteien

Berlin, 28. April. Nachdem die Zentrumspartei des Rheinlandes in Kölnsitzung ein neues Gelöbnis deutscher Treue abgelegt hat, haben jetzt die sämtlichen rheinischen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten in einer gemeinsamen Tagung in Kölnsitzung folgende Erklärung abgelehnt:

„Die neuerdings von den Entente-Mächten angedeutete geplante Neutralisierung der Rheinlande würde mit den Grundsätzen und der Überzeugung der Rheinländer im deutschen Reich im Widerspruch stehen. So sehr die Befreiung der Rheinlande und auch Befreiung, um den Preis einer Verminderung oder Zurückziehung der Besatzung würden wir von unserer Treue zum deutschen Reich nicht um Haarebreite weichen und auf die Zugehörigkeit zu Freuchen verzichten. Von einer Neuordnung der französischen Besitzverhältnisse ist auch in wirtschaftlicher Beziehung eine Besserung nicht zu erwarten. Der wirtschaftliche Niedergang des Saargebietes liefert dafür den klaren Beweis. So halten wir an national- und wirtschaftlichen Gründen am Verbleib der Rheinprovinz beim Reich und an Freuen einmütig und unerschütterlich fest.“

Republikanische Partei, Sozialdemokratische Partei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutschdemokratische Partei.

Ein bemerkenswerter französischer Entschluß

Paris, 28. April. Der Generalrat des Département's Nièvre hat eine Entschlossenung angenommen, in der er sich zu einer realistischen und positiven Reparationspolitik bekennt. Die Entschlossenung fordert die Regierung auf, von Deutschland die Vierzehn von Material und die Befreiung von Arbeitern zu verlangen. (N. Y. A.)

Deutschland und der Völkerverbund.

London, 28. April. „Manchester Guardian“ berichtet aus Genua, es würden Aufregungen gemacht, um Deutschland zu veranlassen, vor der Septembertagung der Völkerverbundversammlung um Aufnahme in den Völkerverbund nachzusuchen. (N. Y. A.)

Deutsch-spanische Wirtschaftsverhandlungen.

Madrid, 27. April. Die deutsche Delegation für wirtschaftliche Verhandlungen ist Dienstagabend hier eingetroffen. Mittwoch vormittag wurde durch den Botschafter den Staatsministern vorgestellt.

